

3. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

18. Jänner 1961

172/J

A n f r a g e

der Abgeordneten M a c h u n z e , Dr. K u m m e r , M i t t e n d o r f  
und Genossen

an den Bundesminister für Justiz,

betreffend die Beschlagnahme der periodisch erscheinenden Druckschrift  
"Wiener Montag".

-.-.-.-.-

Die Ausgabe Nr. 52 der in Wien erscheinenden periodischen Druckschrift  
"Wiener Montag" mit Ausgabedatum 27. Dezember 1960 wurde beschlagnahmt. Die  
diesbezügliche Verfügung wurde offensichtlich verspätet wirksam, denn die Unter-  
zeichneten konnten in Wiener Trafiken nicht der Beschlagnahme verfallene Exemplare  
erwerben. In den Abendstunden des 27. Dezember lag der "Wiener Montag" noch in  
verschiedenen Kaffeehäusern auf.

Eine genaue Durchsicht der Zeitung ergab nichts, was als Gefährdung der  
Republik Österreich, als unerlaubte Kritik angesehen oder als Verstoß gegen das  
geltende Presserecht gewertet werden müsste. Wohl aber finden sich in der Zeitung  
einige Beiträge, die vielleicht einzelnen Kreisen der Sozialistischen Partei  
unangenehm sein könnten. Es liegt daher die Vermutung nahe, dass die Beschlagnahme  
der Zeitung ausschliesslich aus parteipolitischen Erwägungen erfolgte.  
Derartige Massnahmen müssen auch den Eindruck erwecken, dass die Freiheit der  
Presse in Frage gestellt ist.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundes-  
minister für Justiz folgende

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister bereit, jene Stellen aus der zitierten Aus-  
gabe der Zeitung "Wiener Montag" mitzuteilen, die den Anlaß zur Beschlagnahme  
boten?

-.-.-.-.-